

THURGAUER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Zukunftskonferenz
«Movimento»
23. Januar 2021, Aadorf
(Wir achten auf Distanz!)



Anpacken und Verantwortung übernehmen

Die FDP Thurgau ist an allen Fronten aktiv: Mit der Renteninitiative packen Freisinnige und Jungfreisinnige das Problem «Altersvorsorge» gemeinsam an der Wurzel. Mehr als 30 Prozent der Mitglieder haben sich an der Mitgliederumfrage «Movimento» beteiligt. Die Kerngruppe Movimento arbeitet mit grossem Enthusiasmus, und die Fraktionsmitglieder sind hochmotiviert und mit neuen Zielsetzungen in die neue Legislatur gestartet. An der ersten digitalen Mitgliederversammlung in der Geschichte haben die Mitglieder klare Parolen gefasst – und mit Matthias Kradolfer ist ein junger Thurgauer an das Bundesgericht gewählt worden. Alle Details dazu auf den Seiten 3 bis 11.

Karin Keller-Sutter im Interview

Die Justizministerin sagt, weshalb der Bundesrat die UVI ablehnt und was für den Gegenvorschlag spricht. Für sie ist klar: «Der Gegenvorschlag basiert auf dem bewährten Schweizer Haftungsrecht: Jedes Unternehmen haftet für die eigenen Schäden vor Ort. Dazu kommen noch mehr Transparenz und neue Sorgfaltsprüfungspflichten sowie eine Strafbestimmung.»

Seiten 16 und 17



Geschätzte Freisinnige

Der Fokus unserer Kantonalpartei liegt voll und ganz auf der Zukunft. Unser Strategieprozess «Movimento» hat schwungvoll begonnen. Dank des erfreulich hohen Rücklaufs aus der Mitgliederumfrage hatte die Kerngruppe in den ersten Workshops ehrliche Meinungen und wertvolle Inputs aus der Basis zum Verarbeiten. Die entstandene «Movimento-Bewegung» zeigt dabei immer deutlicher auf, was für eine grosse Chance sie für unsere Partei werden kann.

Auch die Grossratsfraktion hat mit dem Start in die neue Legislaturperiode die Strategie überarbeitet und sich für die kommenden vier Jahre neue Ziele gesetzt – darin eingeflossen sind auch die Rückmeldungen aus der breiten Mitgliederbefragung. Fraktionspräsident Anders Stokholm blickt

auf Seite 8 auf die beiden Strategiesitzungen zurück und erläutert die gefassten Legislaturziele.

Und auch unsere Nachwuchspolitikerinnen und -politiker widmen sich mit vorbildlichem Engagement der Zukunft und präsentieren Lösungen für das wohl grösste, ungelöste Problem der Schweizer Politik – die Sicherung unserer Altersvorsorge. Die kantonale Parteileitung hat sich einstimmig für die aktive Unterstützung bei der Unterschriftensammlung für die Renteninitiative ausgesprochen. Auf Seite 9 wird Ihnen die Initiative vorgestellt und auf das gemeinsam erarbeitete Vorgehen bei der Unterschriftensammlung eingegangen.

Weiter geht's. Hochmotiviert und mit klaren Zielen vor Augen. Aus Überzeugung für unsere Werte.

Gabriel Macedo, Parteipräsident

Inhalt

- 3–11 Thurgauer Freisinn
- 12/13 Umfrage mit vielen Feedbacks
- 14 Das neue CO₂-Gesetz auf einen Blick
- 15 Fünf Stimmen für eine liberale Umweltpolitik
- 16/17 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 18 Digitale DV in Luzern
- 19 Sammeltage für die Renteninitiative
- 20 Vorschau auf die Wintersession
- 21 Petra Gössi zum Rahmenabkommen
- 22 Vaterschaftsurlaub als erster Schritt
- 23 Vermischtes



Liebe Freisinnige

Der soziale und politische Austausch ist seit einigen Monaten erschwert. Deshalb war es mir wichtig, Ihre Meinung über eine Umfrage zu erfahren. Rund 16 000 Mitglieder haben an dieser Befragung zur Enkel-Strategie teilgenommen. Sie, liebe Freisinnige, haben damit eindrücklich Ihre Bereitschaft bewiesen, Ihren Beitrag dazu zu leisten, dass auch unsere Kinder und unsere Enkelkinder noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können. Herzlichen Dank!

Ihre Rückmeldungen fliessen nun in unsere umfassende Enkel-Strategie ein, die in den nächsten Monaten erarbeitet wird.

Sichere Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen

Ein zentraler Pfeiler unserer Enkel-Strategie ist die Verantwortung, den kommenden Generationen eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Mit dieser Überzeugung haben unsere Delegierten bereits letztes Jahr sehr deutlich eine griffige und freisinnige Umweltpolitik gutgeheissen. Seither hat die FDP-Liberale Fraktion diese Beschlüsse im Parlament Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt – so auch bei der Totalrevision des CO₂-Gesetzes. Dank der FDP konnte im Parlament eine mehrheitsfähige Gesetzesvorlage ausgearbeitet werden. Die angekündigte Referendumsabstimmung gefährdet aber unser langfristiges Ziel aus dem Positionspapier von 2019: Netto-null-Emissionen bis 2050. Darum gilt es bereits jetzt, die richtige Entscheidung zugunsten unserer Enkel zu fällen.

Nein zu Hochrisikoexperimenten!

Auch bei anderen Brennpunkten braucht es die richtigen Weichenstellungen zugunsten der künftigen Generationen. Am 29. November 2020 stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) und die GSoA-Initiative ab.

Die UVI verfolgt hehre Ziele, doch letztlich richtet sie mit ihren radikalen Forderungen mehr Schaden für den Wirtschaftsstandort Schweiz und alle unsere Schweizer Unternehmen an, als dass sie tatsächlich Verbesserungen bei der Einhaltung von Menschenrechten und dem Schutz der Umwelt bringt. Mit einem Nein helfen Sie zielführender, denn der Gegenvorschlag, der bei einem Nein automatisch in Kraft tritt, nimmt die Unternehmen mit geeigneteren Gesetzen in die Verantwortung, ist aber gleichzeitig international abgestimmt und für die Wirtschaft tragbar.

Auch die GSoA-Initiative verfehlt ihr Kernanliegen. Anstatt eine friedlichere Welt zu schaffen, gefährdet sie das Vorsorgevermögen aller Schweizer/-innen durch starre, nicht umsetzbare Regeln für die AHV und die Pensionskassen. Wenn auch unsere Kinder und unsere Enkelkinder noch von den gleichen Vorsorgeleistungen profitieren sollen wie die heutigen Generationen, ist diese hochgefährliche Initiative klar abzulehnen. Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihre Petra Gössi
Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Mitgliederversammlung vom 2. November 2020

«Klare Parolen – gelungene Premiere»

Digital mit Liveübertragung aus dem Eisenwerk Frauenfeld und einer kleinen Gruppe Anwesender fassten die Thurgauer Freisinnigen die Parolen für die kommenden Abstimmungsvorlagen. Zweimal ein überaus deutliches Nein zur Unternehmensverantwortungs- und zur GSoA-Initiative sowie ein klares Ja für den Kredit zum Neubau der Schulsport-Turnhalle am BZT in Frauenfeld. Informiert wurde auch über die Resultate der Mitgliederumfrage «Movimento», die Renteninitiative und das Budget 2021 der FDP TG.

«Die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) verfolgt gute Ziele, doch letztlich bewirkt sie mit ihren radikalen, weltweit einzigartigen Forderungen mehr Schaden als Verbesserungen», betonte der Zürcher FDP-Nationalrat Beat Walti an der aus dem Eisenwerk Frauenfeld live übertragenen Mitgliederversammlung der FDP Thurgau. «Dafür nimmt der Gegenvorschlag, der bei einem NEIN zur UVI automatisch und umgehend in Kraft tritt, berechnete Anliegen der Initianten auf und orientiert sich an strengen internationalen Standards.» Dadurch entstehe ohne zusätzliche Haftungsklausel eine sehr griffige Regulierung, ohne Arbeitsplätze zu zerstören, so Beat Walti. Die Thurgauer SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher sieht es nicht so: «Der Gegenvorschlag ist nichts anderes als ein Hochglanzprospekt», konterte sie in der von Martina Pfiffner Müller geführten Diskussionsrunde. «Konzerne agieren häufig auch in Ländern, in denen Betroffene keinen Zugang zur Justiz haben», machte Edith Graf-Litscher deutlich. Die 66 an der Parolenfassung beteiligten Freisinnigen folgten der Empfehlung von Fraktionschef

Beat Walti und lehnten die UVI mit 58 Nein- zu 7 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung deutlich ab.

Die Unabhängigkeit der Nationalbank nicht gefährden

Noch deutlicher fiel die NEIN-Parole bei der Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung der Kriegsmaterialproduzenten» aus (60 Nein- zu 6 Ja-Stimmen). «Die gefährliche GSoA-Initiative gibt vor, die Welt friedlicher zu machen, kann dies aber nicht einlösen», führte Nationalrat Beat Walti vor Augen. Stattdessen gefährde sie mit einer komplizierten und unsinnigen Regulierung die Vorsorgevermögen von allen Menschen in der Schweiz. Die Initiative treffe die AHV und die Pensionskassen ins Mark, betonte Beat Walti.

Ja zu Turnhalle und Budget

Die von Andreas Wenger, Mitglied der vorbereitenden Kommission, vorgestellte kantonale Abstimmungsvorlage für den Objektkredit «Neubau Schulsportturnhalle mit Gesamtkosten von 13,65

Mio. Franken» fand bei den Thurgauer Freisinnigen breite Unterstützung (62 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen). Ohne Gegenstimme (mit einer Enthaltung) verabschiedeten die Mitglieder das vom Finanzverantwortlichen Christoph Aeschbacher präsentierte Budget 2021 mit einem prognostizierten Verlust von 810 Franken.

Die FDP soll frecher werden

Parteipräsident Gabriel Macedo und Vizepräsidentin Martina Pfiffner Müller informierten über den Strategieprozess «Movimento». In einer ersten Phase hatten sich die Mitglieder in einer elektronischen Umfrage zur Ist-Situation und Wünschen für die Zukunft geäußert. Eine Mehrheit möchte mehr Sichtbarkeit in der Bevölkerung, klarere Themen und frechere Auftritte (mehr dazu auf den Seiten 4 bis 7).

Verantwortung für alle Generationen

Ramon Weber, Präsident der Jungfreisinnigen, rief zur Selbstverantwortung auf und empfahl den Mitgliedern dringend, die Renteninitiative zu unterschreiben, in ihrem Umfeld dafür zu werben und damit einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Sicherung der AHV zu leisten (mehr dazu Seite 9).

Gelungene Premiere

Erstmals hatten die Thurgauer Freisinnigen die Möglichkeit, ihre Mitgliederversammlung über ein Livestreaming direkt von zu Hause aus zu verfolgen, Fragen in den Chat zu stellen und sich digital an den Parolenfassungen zu beteiligen. Das Fazit der Premiere fiel bei den Mitgliedern äusserst positiv aus. Kleine «Schwitzmomente» betreffend Technik haben sich gelohnt. Weiter geht's!

Marie-Theres Brühwiler



Mitgliederumfrage «Movimento»

Die Zukunft hat begonnen

Die FDP Thurgau ist in Aufbruchstimmung. Mit dem breit angelegten Mitwirkungsprozess «Movimento» will sie im Frühjahr 2021 eine weit- und umsichtige und allen Generationen gerecht werdende Strategie präsentieren und umsetzen. Die Partei soll sicht- und spürbarer werden und eine solide Basis für die nächsten National- und Ständeratswahlen schaffen.

In einer Online-Umfrage sind die Mitglieder Mitte August gebeten worden, Meinungen, Wünsche und Kritik zu äussern. Die Teilnahme war sehr erfreulich (Resultate auf den Folgeseiten). Seit Ende September befasst sich das Kernteam, bestehend aus der erweiterten Parteileitung sowie interessierten Fraktionsmitgliedern und Vertretenden der Ortsparteipräsidenten, in verschiedenen Workshops mit

der intensiven Analyse der Ist-Situation, der Entwicklung von Visionen, Handlungsfeldern sowie strategischen Zielen und Massnahmen. An der Zukunftskonferenz im Januar 2021 sind die Mitglieder dann wieder zur Stellungnahme eingeladen. In der dritten Phase wird das Kernteam die Umsetzung der gemeinsam entwickelten Strategie festlegen.

Stimmen aus den Workshops

«Movimento» ist die grosse Chance, die FDP TG für die nächsten Jahre fit zu machen: Gewohntes soll offen und ehrlich überdacht werden, neue Ideen sollen ihren Platz finden. Wir haben ein unglaubliches Reservoir an innovativen und kompetenten Persönlichkeiten in unserer Partei, welches es zu nutzen gilt. Ich bin überzeugt, gemeinsam kann die FDP TG mit guten Ideen und klarem liberalem Profil an Stärke zulegen.»

Christoph Aeschbacher, Stettfurt,
Mitglied der Parteileitung

«Von der Politik der FDP profitieren alle. Demnach müssten die Resultate bei den Wahlen eigentlich besser sein. Mit «Movimento» schärfen wir unser Profil und kommen näher zu den Leuten. Es ist ein Privileg, diese wegweisende Entwicklung mitprägen zu können. An der Zukunftskonferenz können alle mitwirken.»

Philipp Gemperle, Romanshorn,
Präsident Bezirkspartei Arbon

«Mit dem Prozess «Movimento» gestalten wir eine Plattform, auf der sich alle Mitglieder an der Ausrichtung und den Prioritäten für die Zukunft beteiligen können. Meine Erwartung ist, dass wir uns damit weiter in die Richtung einer Bewegung entwickeln und unsere Politik in der Breite der gesamten Partei verankern.»

Harry Stehrenberger, Rickenbach,
Vizeparteipräsident,
Präsident Bezirkspartei Münchwilen

«Der Staat soll sich um immer mehr Bereiche kümmern. Dabei bemerken wir als Gesellschaft den damit zusammenhängenden schleichenden Freiheitsverlust nicht, weil jeweils nur kleindosierte. Für eine wachsende Minderheit, welche dies bemerkt, sind wir Liberalen unverzichtbarer Grundpfeiler des Rechtsstaats und der individuellen Freiheit. Doch, warum führen wir bis heute diese Gegenbewegung (noch) nicht an? Warum merken wir das noch nicht in steigender Zustim-

Machen auch Sie mit!

Sich einbringen und mitgestalten: An der Zukunftskonferenz vom 23. Januar 2021 (von 9 bis 13 Uhr) im Gemeindesaal Aadorf können alle Thurgauer Freisinnigen Meinungen und Ideen für die Zukunft einbringen.

Machen Sie mit!
Haben Sie Anregungen zu «Movimento»?

Kontaktieren Sie uns:
Telefon 071 672 17 20 info@fdp-tg.ch



mung? Fragen über Fragen, die durch unsere Zukunftskonferenz beantwortet werden sollen.»

Alexander Salzmann, Kreuzlingen,
Präsident Bezirkspartei Kreuzlingen

«Gemeinsam weiterkommen». Das ist keine leere Worthülse. Der 1. Strategie-Workshop hat dies bereits bewiesen. Gemeinsam wurde am Zielbild für die Vision 2028 gearbeitet und diskutiert. Der selbstkritische Blick nach innen und aussen wird helfen, Stärken zu entwickeln und Chancen zu nutzen. Anliegen und Herausforderungen der Orts-



parteien werden in diesem Prozess berücksichtigt. Denn eines ist klar: Die Wirksamkeit der Strategie steht – oder fällt – mit der Akzeptanz an der Basis. Dieser partizipative Prozess erwartet die Verantwortung, sich zu beteiligen. Diese Möglichkeit bietet sich allen Mitgliedern an der Zukunftskonferenz.»

**Martin Thalmann, Arbon,
Co-Präsident Ortspartei Arbon**

«Ich erlebe die Movimento-Bewegung als bereichernd und vielfältig – sie bringt Schwung in unsere Zusammenarbeit und in unser Image. An der Zukunftskonferenz können alle unsere Mitglieder an der Entstehung unserer neuen Strategie mitwirken. Ihre unterschiedlichen liberalen Inputs sind wichtig auf unserem Weg der Weiterentwicklung. Wir wollen spürbar sein, ein klares Profil zeigen und begeistern.»

**Kris Vietze, Frauenfeld,
Kantonsrätin**



«Die FDP braucht eine neue Strategie, um wieder politisch erfolgreich zu sein – mit eigenständigem Profil und eigenen Kernthemen. Als richtig, wichtig und höchst motivierend empfinde ich, dass sich die Parteileitung breit aufgestellt hat, offen für viele unterschiedliche Ansichten ist und die Basis ihrer Mitglieder aktiv an der Neuausrichtung mitwirken lässt – und nicht einfach ein Parteibuch

diktiert. Diese Chancen der Mitwirkung sollte man sich nicht entgehen lassen!»

**Daniel Widmer, Gachnang,
Ortsparteipräsident, Gemeinderat**

«Der Weg ist herausfordernd, spannend und sehr inspirierend. Mitbestimmen und mitgestalten – ich bin hochmotiviert. Wir stellen uns selbstkritisch der Ist-Situation, entwickeln Visionen und machen uns fit für die Zukunft. Die grosse Beteiligung an der Mitgliederumfrage bestätigt, dass unsere Partei für viele auch eine Herzensangelegenheit ist. Auf die Zukunftskonferenz in unserem schönen Gemeindesaal Aadorf freue ich mich besonders. Seien auch Sie dabei, denn nur mit Ihnen kann sich die FDP weiterentwickeln.»

**Cornelia Hasler-Roost, Aadorf,
Kantonsrätin**

Interviews: Marie-Theres Brühwiler

Spezialistin für Veränderungsprozesse

Interview mit «Movimento»-Projektleiterin Martina Pfiffner Müller

Du bist seit vielen Jahren selbstständige Unternehmensberaterin und begleitest Firmen in Veränderungsprozessen. Was muss man sich konkret unter deiner Tätigkeit vorstellen? Meine Kunden wenden sich an mich, wenn einschneidende Veränderungen von aussen begleitet werden sollen, ein Projekt lanciert wird oder (Führungs-)Teams sich entwickeln wollen; Firmeneigentümer suchen eine Nachfolgelösung, eine Erbgemeinschaft möchte sich gemeinsam auf ein neues Bauprojekt ausrichten, eine Geschäftsleitung plant den jährlichen Führungs- oder Strategieboxenstopp, eine Gemeinde plant einen Einwohnerworkshop, damit die Einwohner*innen an der Entwicklung der Gemeinde partizipieren können. Dies sind ein paar Beispiele.

Du begleitest Unternehmungen bei ganzheitlichen Neuausrichtungen, aber auch in Fragen der Führung. Gibt es Parallelen in den unterschiedlichen Branchen? Zurzeit ist das (leider) die Corona-Krise. Teams müssen diese besondere Situation verdauen, und Führungspersonen sind gefordert, Perspektiven und Zuversicht zu vermitteln. Ansonsten sind Parallelen sicher bei Fragen von vermehrt selbstorganisierten Teams (mehr Partizipation) bzw. Abbau von Hierarchien. Agiles Handeln und vermehrte Kollaboration und Vernetzung anstelle von Konkurrenzdenken. Auch der Umgang mit unterschiedlichen Generationen fordert alle Unternehmungen und Organisationen.

In welcher Konstellation sind die Chancen auf eine

Veränderung am erfolgreichsten, und welches sind die grössten Herausforderungen? Wenn Offenheit und wirkliche Bereitschaft für Veränderung vorhanden sind, sind das gute Voraussetzungen. Ich empfehle Führungscrews stets, alle Sensoren zu aktivieren; Megatrends, engeres Betriebsumfeld und die Stimmung im Haus sind dabei massgebend. Ein entscheidungsfreudiges Management sowie eine wertegeführte Unternehmenskultur (hier kann nie genug gemacht werden) mit starken Teams und ausgeprägtem Wir-Gefühl sind sicher auch förderlich. Alle Generationen auf Augenhöhe zusammenbringen ist wohl eine der grössten Herausforderungen der heutigen Zeit. Natürlich zählen dazu immer auch die betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten, die für eine Veränderung oder gar Transformation notwendig sind.

Was beruflich deine Spezialität ist, setzt du nun ehrenamtlich in der FDP Thurgau um. Ist dieser Prozess in der Politik anders als in Unternehmen? In Veränderungsprozessen gestalte ich speziell die Vorgehensweise – also das «Wie» – und moderiere Workshops. Ich bin stets «Besucherin» und stelle (auch unbequeme) Fragen. Mein grosser Instrumentenkoffer hilft mir dabei. Am wichtigsten ist es, mit viel Fingerspitzengefühl alle involvierten Personen gut abzuholen, Brücken zu bauen, aber auch Offenheit an den Tag zu legen. Sind Unternehmen immer auch betriebswirtschaftlich gefordert, ist es in der Parteiarbeit wichtiger, möglichst viele abzuholen, zu mobilisieren, Verbindlichkei-



ten zu schaffen und für Motivation zu sorgen. In der Parteiarbeit erleben wir den höchsten Grad an Individualität – das ist anspruchsvoll.

Der Mitwirkungsprozess der FDP Thurgau ist erfolgreich, wenn ... wir es schaffen, dass WIR ALLE – und jeder auf seine Art und Weise – an den Massnahmen mitarbeiten, die am Ende des «Movimento»-Prozesses stehen – und wir dadurch so stark werden, dass der Kanton Thurgau ab 2023 im National- und Ständerat vertreten sein wird (hohe Ziele, ich weiss).

«Movimento» läuft auf Hochtouren!

Strategie-Projekt

Das Strategie-Projekt «Movimento» wurde gestartet – kraftvoll und mit einem 25-köpfigen, topmotivierten Kernteam. Es befasst sich mit der Zukunft der FDP Thurgau. Alle sind sich einig – die Partei muss sich bewegen. Im Frühling 2021 werden strategische Ausrichtung und Massnahmen vorliegen.

Stärkung der Ortsparteien, Wachstum, clever mobilisieren, klares Profil, Diversität nutzen – ein paar der Ziele, die innerhalb von «Movimento» gesetzt wurden. Es wird arbeitsintensiv, da sind sich alle einig. Mit «Movimento» wird selbstkritisch, aber auch umsichtig und mutig der Boden für eine gesunde und erfolgreiche Zukunft der FDP Thurgau gelegt. Das allein reicht aber nicht – es braucht anschliessend verbindliche Umsetzungspakete, an denen alle partizipieren.

Online-Umfrage

Über 30 Prozent der Mitglieder haben an der Online-Befragung teilgenommen. Dieser hohe Rücklauf von über 400 Personen aus allen Bezirken unseres Kantons ist erfreulich! Ehrliche Feedbacks zeigen klare Trends.

Image FDP Thurgau

Dieses wird von 60 Prozent der Befragten als sehr gut/gut bewertet. 20 Prozent finden das Image aufsteigend, weitere 20 Prozent absteigend. Die grössten Herausforderungen sind:

- Elitäres Image loswerden – mehr Bürgernähe praktizieren und auf allen Ebenen mobilisieren
- Für Nachwuchs und einen höheren Frauenanteil sorgen
- Mehr Innovation und liberale Gedanken zulassen
- Frecher und frischer werden, knackige Stellungnahmen verfassen
- Positionen schärfen und eigene Leuchttürme etablieren
- Inhaltlich bunter werden und aufzeigen, was Wirtschaftspolitik alles umfasst
- In Umwelt- und Klimapolitik glaubwürdig werden
- Eigenständig werden
- Image der Verliererpartei loswerden (Wahlresultate National- und Kantonsrat)

Auf das können wir stolz sein

- Gute und engagierte Persönlichkeiten in der Partei
- Top-Geschäftsstelle mit sehr hohem Serviceverständnis
- Lösungsorientierte Art
- Klare liberale Werte
- Sachliche und ehrliche Politik
- Kompetente Personen in den verschiedenen Ämtern und Räten
- Gute Vernetzung der Mitglieder

Hier haben wir noch Potenzial

- Stärker Stellung zu Themen beziehen
- Mehr Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit
- Alle Zielgruppen über alle Medienkanäle ansprechen
- Informationsflut reduzieren (FDP CH, TG, Bezirk, Ort)
- Engagement im Bereich der Nachhaltigkeit aufzeigen

Wirken der Parteileitung, der Bezirksparteien und der Ortsparteien

Das Engagement der Parteileitung wird sehr ge-

schätzt, im Speziellen auch das enorm hohe Engagement und der exzellente Support unserer Geschäftsführerin, Marie-Theres Brühwiler. Die Bezirksparteien werden vorderhand bei den Kantonsratswahlen wahrgenommen. Den Ortsparteien kommt eine zentrale Rolle zu – sie sind die Heimat der Mitglieder. Ihr Wirken wird unterschiedlich stark wahrgenommen. Anlässe werden auf allen Ebenen der Partei sehr geschätzt, im Speziellen auch Vorträge und Diskussionen um Abstimmungsvorlagen.

Jungfreisinnige

Ganz eindeutig wissen Mutterpartei und Junge zu wenig voneinander, und es gilt, mehr Brücken zu bauen, ansonsten zu viel Potenzial verloren geht. Bei der anstehenden Unterschriftensammlung für die Renteninitiative wird eine erste Massnahme getroffen, diesem Manko entgegenzuwirken.

FDP-Fraktion des Grossen Rates

70 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass das Wirken der FDP-Fraktion nach aussen gut/eher gut spürbar ist und an den richtigen Themen gearbeitet wird. Es wird aber auch klar, dass die Fraktion spürbarer und wirksamer arbeiten kann und mehr Präsenz in Medien erreicht werden soll. Im Grossen Rat sollen das Profil geschärft und Themenführerschaften übernommen werden, z. B. in den Bereichen Wissenschaft und Technologie, Infrastrukturpolitik, Umwelt-/Klimapolitik und Gesundheitspolitik.

Wahlen

Ganz offensichtlich hinterlassen die Wahlunterlagen bei den Nationalrats- und Kantonsratswahlen Spuren. Anliegen sind daher, dass mit aussichtsreichen Kandidierenden früh Gespräche gesucht, Frauen gefördert sowie Themen und Positionen früh besetzt werden sollen. Ein wesentlicher Anteil spricht sich für Distanz zur SVP aus, eine Minderheit betont die erwünschte Nähe zur SVP.

Mitgliederumfrage

Fazit

Mehr Bürgernähe – weniger elitär; **Nachwuchs fördern**; «frecher» und aufmüpfiger werden, knackiger kommunizieren, einfache Sprache; **wachsen**; Nase vorn haben; **Klares Profil, Positionen schärfen, nicht trittbrettfahren**; mobilisieren; **präzise und clever kommunizieren**; Rolle/Bedeutung der Bezirks- und Ortsparteien klären; **spürbarer Kantonsrat spürbarer, mehr Medienarbeit**; Themenführerschaften im Kantonsrat; mobilisieren, mehr Whatsapp, Bisherige «zurück holen»; beliebte Anlässe weiter pflegen; **mehr Stammtisch**; guter Mix digital/analog; **Wahlveranstaltungen/ Abstimmungs-vorlagen/Vorträge**; mehr Umwelt- und Klimapolitik; **bunter werden**; Wirtschaftspolitik in allen Facetten verständlich aufzeigen; **gegenüber anderen Parteien klar positionieren**; **Wo sind die Frauen?**; **Wo sind die Jungen?**; gute Köpfe nach vorne! **für NRW/KRW früh Köpfe zeigen.**

Zwei Workshops

Ende September und Ende Oktober fanden mit dem Kernteam zwei Workshops statt. Am ersten Treffen ging es darum, Zukunftsbilder zu erstellen und sich einer ehrlichen und selbstkritischen Standortbestimmung zu unterziehen. Am zweiten Workshop wurden Stärken, Schwächen sowie Chancen und Risiken miteinander verknüpft und Handlungsfelder für die Zukunft formuliert.



Zwei Beispiele von Zukunftsbildern der FDP Thurgau 2028.

Die Zukunft der FDP Thurgau – Visionen

Hauptaussagen: Sehr gut vernetzt – Mensch im Zentrum – staatstragendes Element weiterleben – bodenständig und fortschrittlich – alle Altersgruppen fühlen sich wohl – Mensch und Natur im Einklang – viele neue aktive Mitglieder – Digitalisierung, Energie und Umwelt – Frauen und Männer mit Kopf, Herz und Hand – Weitblick – bürgernah – im Bundesparlament vertreten – Möglichmacherin und Ideengeberin für Wirtschaft und Bildung – interessante Arbeitsplätze und hohe Lebensqualität – Kultur – gewachsene Fraktion im Grossen Rat – Leuchtturm – starke Position im Thurgau – freiheitsliebend – Sympathisanten-Management im Griff – konkret – sichtbar – starke Bewegung – Alleinstellungsmerkmal – Partei mit Herz – staatliche Eingriffe reduzieren – zufriedene Bevölkerung – erfolgreicher Dialog.



Der breit angelegte Strategieprozess «Movimento» ist in vollem Gange. Die Mitglieder der Kerngruppe legen grosses Engagement an den Tag.



So geht's weiter

Im November finden noch zwei Workshops statt. Damit wird die konzeptionelle Grundlage für die neue strategische Ausrichtung gelegt. Eine Zukunftskonferenz im Januar öffnet den Prozess nochmals für alle Mitglieder. Sollte ein Treffen infolge der Pandemie nicht möglich sein, werden Alternativen gesucht.

Bis Ende Februar 2021 sind die konzeptionellen Grundlagen abgeschlossen. Die Umsetzung kann beginnen. Eine Umsetzung, die von möglichst vielen Mitgliedern mitgetragen wird. Jetzt erst recht!

Freiheit schafft Wert und ist sozial

Kantonsratsfraktion der FDP. Die Liberalen Thurgau

An zwei Klausurhalbtagen hat die Kantonsratsfraktion der FDP. Die Liberalen Thurgau ihre Zielsetzungen für die neue Legislatur erarbeitet. Sie will in Themen wie Generationenverträglichkeit, Digitalisierung, Bildung, Arbeitsplätze und Energieversorgung pointiert liberal agieren. Inspiriert wird sie durch die Resultate aus der Mitgliederbefragung und das Referat von Dr. Jürg Müller, Avenir Suisse, worin er den Zusammenhang zwischen Freiheit und sozialem Handeln herstellte.

Am 4. Juli und 28. September fanden sich die 18 Kantonsrätinnen und Kantonsräte zusammen mit Staatsschreiber Paul Roth und Regierungsrat Walter Schönholzer jeweils am Vormittag zur Klausur zusammen. Ziel: die Strategie der Fraktion für die Legislatur 2020 bis 2024 festzulegen und daraus konkrete Themen für Vorstösse im Grossen Rat abzuleiten.

Am 4. Juli wurden die strategischen Ziele entlang der bestehenden Arbeitsgruppen festgelegt:

Wirtschaft und Arbeit, Steuern und Finanzen: Die FDP-Fraktion stärkt den Werk- und Finanzplatz und fördert die Standortattraktivität des Kantons Thurgau.

Gesellschaft und Familie, Soziales und Gesundheit: Die FDP-Fraktion setzt sich für wirksame und bezahlbare Gesundheits- und Sozialsysteme ein. Eine für alle Generationen verträgliche Politik ist für den Zusammenhalt zentral.

Bildung, Kultur und Sport: Die FDP-Fraktion steht ein für starke Leistung an den Schulen und Exzellenz in der Forschung. Die FDP unterstützt Ideen, welche primär die aktive kulturelle Betätigung fördern.

Staatsstruktur und Verwaltung, Sicherheit: Die FDP-Fraktion will trotz Bevölkerungswachstum hohe Lebensqualität und Sicherheit erhalten sowie die Governance optimieren. Eine moderne,

smarte und vernetzte Verwaltung des Kantons und der Gemeinden stärkt die Good-Governance-Prinzipien: Offenheit, Transparenz, Partizipation und Bürgerorientierung.

Umwelt und Lebensraum, Verkehr: Die FDP-Fraktion fordert eine optimierte Nutzung der bestehenden Infrastruktur und nutzenorientierten Ausbau. Verwaltungsprozesse in der Raumplanung sind schlank zu halten. Die Raumplanung ist dynamisch, auch im ländlichen Raum.

Energie und Mobilität: Die FDP-Fraktion setzt sich für die Sicherheit der Netze und sinnvolle kantonale Massnahmen zur Unterstützung einer umweltschonenden, bezahlbaren und sicheren Energieversorgung ein. Bei der kantonalen Umsetzung der jeweiligen MuKEn ist der Spielraum zugunsten Eigentum und Selbstverantwortung zu nutzen.

Der 28. September begann mit einem inspirierenden Referat von Dr. Jürg Müller, Avenir Suisse, zum Liberalismus. Sein Fazit: Freiheit schafft Wert und ist sozial. Dies gilt auch in Zeiten von Corona. Jetzt liberal wirken, heisst: Wettbewerb ermöglichen und Verantwortung übernehmen. Danach orientierte Martina Pfiffner Müller über die Resultate der Mitgliederbefragung im Rahmen des Projektes «Movimento». Wichtigste Erkenntnisse für die Fraktion: Es gilt, bürgernah und weniger elitär zu politisieren, ruhig auch pointiert zu kommunizieren und in ausgewählten Themen die Themenführerschaft zu übernehmen.

Die Klausuren rundete eine Gruppenarbeit in ausgewählten Themen die Führerschaft ab, worin die Fraktion konkrete Vorstösse andachte. So dürfen die Parteimitglieder in den nächsten Monaten in Mails von der Geschäftsstelle z. B. über folgende Lancierungen Informationen erwarten:

- Beschleunigung von Baubewilligungsverfahren
- Besteuerung von Start-ups
- Verteilschlüssel Grundstücksgewinnsteuern
- Flächendeckendes Angebot von Tagesschulen auf Kindergarten- und Unterstufe
- Handlungsbedarf bei der digitalen Infrastruktur wie z. B. Glasfaser und 5G
- Förderung der Berufsmaturität
- Lernzielerweiterung im Gegenüber zu Lernzielbefreiung
- Anti-Bürokratie-Artikel
- Revision Wahlgesetz punkto Listenverbindungen
- Verbindlicher Fahrplan zur Eigenenergieproduktion
- und noch einige Vorstösse mehr!

So will die Fraktion den Grundstein legen, nach den nächsten Wahlen wieder auf eine mindestens 20-köpfige Kantonsratsfraktion und eine starke Vertretung auf nationaler Ebene aufbauen zu können.

Anders Stokholm, Fraktionspräsident



Die Fraktionsmitglieder sind topmotiviert und mit neuen Zielen unterwegs.

Die FDP übernimmt Verantwortung

Renteninitiative

Das Rentenalter schrittweise erhöhen und die unvermeidlich steigenden Zusatzlasten aus der höheren Lebenserwartung fair auf die Generationen verteilen: Die Thurgauer Jungfreisinnigen und Mitglieder ihrer Mutterpartei sammeln in den nächsten Monaten gemeinsam Unterschriften für die Renteninitiative. Sie wollen damit das Problem «Altersvorsorge» – auch in diesem Jahr noch immer die grösste Sorge der Schweizer Bevölkerung – an der Wurzel packen und die Renten nachhaltig sichern.

«Wir schieben die heisse Kartoffel nicht weiter hin und her und übernehmen Verantwortung», sagt Ramon Weber, Präsident der Jungfreisinnigen Thurgau. Die nachhaltige Sicherung der Altersvorsorge müsse jetzt konkret angegangen werden, ist der junge Hinterthurgauer überzeugt. Die von der nationalen Jungpartei lancierte Renteninitiative will das Rentenalter bis in das Jahr 2032 schrittweise auf 66 erhöhen, für Mann und Frau angleichen und langfristig eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung erreichen.

Verantwortung übernehmen

Im Sorgenbarometer der Schweizer Bevölkerung steht die Altersvorsorge auch in diesem Jahr an der Spitze. Gabriel Macedo, Präsident der FDP Thurgau, bestärkt deshalb die Jungfreisinnigen in ihrem

zielgerichteten Engagement: «Wir müssen jetzt generationenübergreifend handeln, der demografischen Entwicklung Rechnung tragen und das Problem bei der Wurzel packen.» Fraktionspräsident Anders Stokholm doppelt nach: «In den nächsten zehn Jahren werde noch viel mehr Menschen pensioniert, als junge Beitragszahlende neu hinzukommen. Wenn wir jetzt nicht handeln, fahren wir die AHV an die Wand.»

Ein echter Lösungsansatz und fair verteilt

Die Thurgauer Freisinnigen sehen in der Volksinitiative ihrer Jungpartei eine enkeltaugliche und nachhaltige Zukunftslösung. «Denn unvermeidliche Zusatzlasten aus der höheren Lebenserwartung werden fair auf die Generationen verteilt», sind Parteipräsident Gabriel Macedo und Ramon

tätigen teuer zu stehen. Der Ansatz der Renteninitiative bietet eine langfristige Lösung für die strukturellen Finanzierungsprobleme und ist deshalb nachhaltig. Gemäss dem Initiativtext soll das Rentenalter in der AHV für beide Geschlechter zunächst in jährlichen 2-Monats-Schritten auf 66 angehoben und danach schrittweise – und nach einer vorgegebenen Formel – an die Entwicklung der Lebenserwartung angepasst werden. Viele westeuropäische Länder haben deswegen das Rentenalter bereits heute mit der Lebenserwartung verknüpft und sehen für beide Geschlechter ein einheitliches Pensionsalter vor.

www.renten-sichern.ch

Verantwortung übernehmen – ein freisinniger Ansatz

Seit 2014 decken in der Altersvorsorge die laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben nicht mehr. Der AHV-Fonds dürfte gemäss geltender Ordnung bereits im Jahr 2034 aufgebraucht sein. Die demografischen Ursachen dieser Entwicklung sind längst bekannt: sinkende Geburtenrate und steigende Lebenserwartung. Das Ungleichgewicht zwischen Rentnern und Erwerbstätigen wird sukzessiv steigen, sobald die geburtenstarken Babyboom-Jahrgänge das Rentenalter erreichen. Eine reine einnahrnenseitige AHV-Sanierung käme die Erwerbs-



Die heisse Kartoffel darf nicht weiter hin- und hergeschoben werden. Anpacken, Verantwortung übernehmen, Renten für die Zukunft sichern. Von links: Sibylle Moopanar, Parteileitungsmitglied FDP TG; Enrique Castelar, Vizepräsident Jungfreisinnige TG; Gabriel Macedo, Präsident FDP TG, Anders Stokholm, Fraktionspräsident FDP TG; Ramon Weber, Präsident Jungfreisinnige TG.

Weber, Präsident der Thurgauer Jungfreisinnigen, überzeugt. Die Parteileitung der FDP Thurgau hat deshalb einstimmig beschlossen, die Jungfreisinnigen beim Unterschriftensammeln für die Renteninitiative aktiv zu unterstützen. Die Thurgauer Jungfreisinnigen und Mitglieder der FDP Thurgau werden deshalb in den nächsten Monaten immer wieder gemeinsam auf der Strasse anzutreffen sein.

Marie-Theres Brühwiler

Gemeinsam zum Ziel

In einer ersten Phase geht es darum, das Unterschriftenpotenzial intern bei den Mitgliedern der FDP Thurgau zu nutzen, indem jede Ortspartei bis Ende Jahr so viele Unterschriften sammelt wie sie Mitglieder hat. In einer zweiten Phase ab Januar 2021 möchten die Jungfreisinnigen und Mitglieder der Mutterpartei gemeinsam auf die Strasse und von Tür zu Tür gehen. Geplant sind auch Thurgauer Sammeltage. Weitere Informationen folgen.

FDP Amriswil

Martin Rickenbach übernimmt das Ruder

An der diesjährigen Hauptversammlung der FDP Amriswil gab es einen Führungswechsel. Neu an der Spitze der Ortspartei steht ein wohlbekanntes Gesicht. – Martin Rickenbach wurde einstimmig zum neuen Präsidenten gewählt.

Vor einiger Zeit hat Thomas Bischofberger, der das Amt seit 2013 innehat, im Vorstand deponiert, es wäre Zeit für einen Wechsel. Als Nachfolger von Renato Menegola hat er in seiner Amtszeit viel erlebt und erreicht: zusammen mit Hermann Hess eine Gönnervereinigung ins Leben gerufen und vorangetrieben, zwei Stadtrats- und zwei Kantonsratswahlen bestritten und Gabriel Macedo als Stadtpräsidenten nach Amriswil gebracht.

Der ebenfalls aus dem Vorstand zurücktretende Dean Kradolfer verabschiedete und verdankte den abtretenden Präsidenten in einer unterhaltsamen Laudatio, und auch Hermann Hess blickte in einer kurzen Rede auf dessen eindrücklichen Erfolge zurück und dankte für den grossen Einsatz.

Der «Neue» ist gleichzeitig das amtsälteste Vorstandsmitglied. «Ich habe mir das Ganze vorgängig reichlich überlegt», so Rickenbach, verheiratet, Vater einer erwachsenen Tochter und seit 1989 in Amriswil selbstständig erwerbend tätig. 2003 trat er der FDP Amriswil bei und unterstützte bereits



Martin Rickenbach (links) und Thomas Bischofberger

zwei Jahre später den Vorstand. Die Partei freut es, von seinen gesammelten Erfahrungen aus Wahlkämpfen und Abstimmungskampagnen profitieren zu können. Aufgrund seines Know-hows übernahm er die grafische Unterstützung der Nationalratswahlen 2015 und 2019 sowie bei den Grossratswahlen 2016 und 2020 und hat mehrfach im Wahlstab mitgewirkt.

Helen Stahel

FDP Romanshorn

Oberster Hotelier glaubt an Romanshorn

Das Thema «Hotel in Romanshorn» bewegt. Die grosse Teilnehmerzahl am «FDP am Puls»-Anlass liess dies deutlich erkennen. Andreas Züllig, Präsident von Hotellerie Suisse, zeigte in seinem Einstiegsreferat die Chancen von Romanshorn auf: Nähe, Sicherheit, Vertrauen in regionale Produkte, intakte Landschaft.

Im anschliessenden Podium, moderiert von Karin Ettliger, mit Andreas Züllig, Rolf Müller (Geschäftsführer Thurgau Tourismus), Hermann Hess (VR-Präsident SBS Schifffahrt AG) und Roland Hugentobler (VR-Präsident Hotel Schloss AG) kamen die konkreten Projekte in Romanshorn zur Sprache. Hermann Hess machte klar, die SBS sei bereit, ein Hotel in Romanshorn zu bauen und rentabel betreiben zu können, das sich vor allem an ein Business-Publikum richtet.

Ein ganz anderes Zielpublikum – den Ferientourismus – spricht das Hotel Inseli an. Allerdings

betonte Roland Hugentobler, die Zukunft des Inseli weise noch einige Fragezeichen auf.

Beide Projekte zeigen, namhafte Investoren sind von der Hotellerie in Romanshorn überzeugt. Rolf Müller stellte provokant die Frage, ob die Romanshorer überhaupt Touristen wollen, welche dann vielleicht genau auf dem neuen – oder bereits vorhandenen – Bänklein sitzen, auf dem sie sonst immer gegessen sind.

Doch das Interesse am Anlass – wie auch die Volksabstimmung 2017 über den Verkauf einer Teilparzelle des ehemaligen Güterschuppenareals haben gezeigt, viele Romanshorer stehen einem weiteren Hotel sehr offen gegenüber. Der oberste Hotelier der Schweiz bekräftigte dies ebenfalls: Er wäre auf jeden Fall bei einer Hotelöffnung dabei.

Die FDP Romanshorn wird darauf hinwirken, dass die Hotels möglich werden und der Stadt Romanshorn wichtige wirtschaftliche Impulse geben.

Arno Germann

FDP Amriswil

Spannender Besuch

«Was steckt hinter ...?», unter diesem Motto lud FDP.Die Liberalen Amriswil in ihrer Serie zur Besichtigung der Landi Aachtal in Oberaach ein. Ein ganz Corona-konformes Grüppchen von 7 interessierten Amriswilerinnen und Amriswilern durften wir zu diesem Anlass begrüßen. Hugo Fisch, Geschäftsführer der Landi Aachtal, führte uns durch die verschiedenen Bereiche der Apfelerarbeitung bis hin zum fertigen Apfelsaftkonzentrat, welches im riesigen Tanklager auf seinen Weitertransport wartet. Ein Highlight dabei: die Verkostung von frischem Apfelsaft direkt ab Presse.

Im weiteren Rundgang wurde uns in der Trocknungsanlage der Landi Aachtal erläutert, wie aus den angelieferten gehäckselten Gütern getrocknete Futter-Pellets entstehen. «Die Besten der Schweiz», so der Geschäftsführer: Habe eine Kuh, ein Rind mal davon gehabt, fresse es nichts anderes mehr.

Martin Rickenbach

FDP Aadorf

Vom Profi erklärt



Roland Gabriel lieferte wichtige Fakten.

Fakten aus erster Hand, einfach und verständlich erklärt: Die Ortspartei Aadorf lud zu einem spannenden Informationsanlass rund um das Abstimmungsthema «Anschaffung neuer Kampfflugzeuge». Roland Gabriel, Präsident der Ortspartei Aadorf, erklärte die Faktenlage und kam zum Schluss:

- F/A-18 haben ein Ablaufdatum.
- Es geht nicht nur um ein neues Kampfflugzeug.
- Ohne Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und Bodluf-System ist die Bevölkerung ab 2030 schutzlos.
- Ohne Erneuerung der Luftwaffe kann die Armee ihren heutigen Auftrag nicht erfüllen.
- Air2030 ist durch Armee-Budget bezahlbar.

Die Stimmberechtigten folgten der Empfehlung von Roland Gabriel und sagten Ende September «Ja zur Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen».

Gratulation

Matthias Kradolfer wird nebenamtlicher Bundesrichter

Die Vereinigte Bundesversammlung hat den Weinfelder Matthias Kradolfer zum nebenamtlichen Bundesrichter gewählt. Seine Tätigkeit am Obergericht des Kantons Thurgau wird der 34-Jährige weiterführen.

Die aktuelle Amtsperiode des Bundesgerichtes endet am 31. Dezember 2020. Die Vereinigte Bundesversammlung hat deshalb in der laufenden Herbstsession die Gesamterneuerung des Bundesgerichtes vorgenommen. Dabei sind die nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier den Wahlvorschlägen der Gerichtskommission des Bundes (GK) gefolgt. Diese hatte zur Besetzung der freiwerdenden Sitze von sechs nebenamtlichen Richterinnen und Richtern auf Empfehlung der FDP Schweiz auch den Thurgauer Matthias Kradolfer zur Wahl vorgeschlagen.

Ein ausgewiesener Praktiker

Matthias Kradolfer verfügt als ausgewiesener Praktiker über grosses Fachwissen in allen relevanten Rechtsgebieten – mit denen er sich auch wissenschaftlich seit Jahren befasst. Sein Doktorat schloss der designierte nebenamtliche Bundesrichter mit einer rechtshistorischen Dissertation zur Unabhängigkeit der Justiz ab. Matthias Kradolfer ist habilitierter Privatdozent mit der Lehrberechtigung für öffentliches Recht an der Universität Zürich. Vor einem Jahr wurde Matthias Kradolfer an das Thurgauer Obergericht gewählt. Diese Tätigkeit wird weiterhin ausführen. Insgesamt sind am Bundesgericht 19 nebenamtliche Richterinnen und Richter tätig. Unter ihnen ist mit Richard Weber, Präsident des Thurgauer Verwaltungsgerichts, noch ein zweiter Thurgauer aktiv. Die FDP Thurgau gratuliert Matthias Kradolfer zur Wahl als nebenamtlicher Bundesrichter und wünscht ihm alles Gute für die neue herausfordernde Aufgabe. (mtb)



Matthias Kradolfer wird nebenamtlicher Bundesrichter.

Fraktionsausflug

Aus der Schweiz in alle Welt

Spannende Einblicke in die Produktionsabläufe der Geobruigg AG und wertvolle Gespräche umrahmt von kulinarischen Genüssen aus der Gastronomie «Usblick» standen am Fraktionsausflug der FDP Thurgau in Romanshorn im Mittelpunkt.

Die Geobruigg AG und ihre Schwesterfirma Fatzer AG entwickeln und produzieren seit 180 Jahren Qualitätsdrahtseile sowie Netze und Geflechte aus hochfestem Stahldraht. Die patentierten, in Romanshorn hergestellten Stahldraht-Systeme sind weltweit im Einsatz und werden in der Lawinenvorbeugung, als Böschungssicherungen, als Steinerschlagbarrieren, als Schutzzäune in der Formel 1 und für die spektakulärsten Seilbahnen der Welt eingesetzt. Das und noch viel mehr erfuhren die rund 60 Freisinnigen von ihrem Parteikollegen Andrea Roth, CEO der Geobruigg AG, und weiteren engagierten Mitarbeitenden. Neben den span-

nenden Führungen am Puls der Wirtschaft genossen die Teilnehmenden des diesjährigen FDP-Fraktionsausfluges den imposanten Ausblick von der Brüggl-Panorama-Terrasse, Kulinarisches aus der Gastronomie «Usblick» und den wertvollen Austausch untereinander. Derweil der Romanshorner Vizestadtpräsident Philipp Gemperle die Vorzüge der Hafenstadt hervorhob, lobte Parteipräsident Gabriel Macedo den Oberthurgau als Wirtschaftsstandort und attraktive Wohnregion. Fraktionspräsident Anders Stokholm bedankte sich in seinem Rückblick speziell bei Elisabeth Thüer, die 1991 mit einem Glanzresultat als erste Frau zur vollamtlichen Oberrichterin im Kanton Thurgau gewählt wurde und seit kurzem ihre neuen Freiheiten als Pensionierte genießt. (mtb)

Anzeige



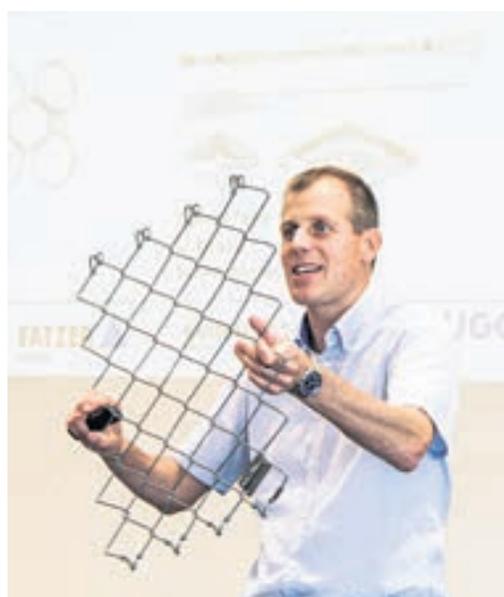




«Wollen auch Sie Ihre Liegenschaft erfolgreich verkaufen? Gerne zeige ich Ihnen den Weg dazu auf.»

Werner Fleischmann, Firmeninhaber

Fleischmann Immobilien AG
 Telefon 071 626 51 51 | info@fleischmann.ch | www.fleischmann.ch



CEO Andrea Roth vermittelte interessante Einblicke in ein modernes Traditionsunternehmen.



Enkel-Strategie auf Erfolgskurs

Umfrageresultate machen Mitgliederanliegen sichtbar

Wir sagen 15 753 Mal Danke! Der grosse Rücklauf zur Enkel-Strategie-Umfrage macht deutlich, dass die FDP-Mitglieder gewillt sind, an der Zukunft unseres Landes mitzuarbeiten. Die Rückmeldungen zeigen, dass der Kurs der FDP breite Unterstützung erfährt. Die Herausforderungen von morgen können angepackt werden.

Rund 16000 FDP-Mitglieder aus der ganzen Schweiz haben sich in den letzten Wochen an der grossen Umfrage zur Enkel-Strategie beteiligt. Damit wird sogar die Rücklaufquote der letztjährigen Umfrage zur künftigen Umwelt- und Klimapolitik der FDP noch übertroffen. Das ist umso erfreulicher, weil der soziale und politische Austausch in den letzten Monaten aufgrund der Covid-Pandemie erschwert wurde. Auch deshalb war es der FDP ein Anliegen, ihre Basis wieder aktiv einzubeziehen. Die starke Beteiligung an der Umfrage bestätigt deutlich das Bedürfnis unserer Mitglieder, sich politisch einzubringen. Die grosse Beteiligung freut auch Parteipräsidentin Petra Gössi: «Mit unserer Enkel-Strategie sorgen wir dafür, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können. Ich bin stolz darauf, dass die FDP-Mitglieder bereit sind, mit Pioniergeist die Zukunft der Schweiz mitzugestalten.»

Mit der Enkel-Strategie will die FDP die Weichen für eine liberale und zukunftstaugliche Politik in drei zentralen Bereichen stellen:

- Für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, der allen auch in Zukunft eine Arbeitsstelle bietet und somit ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.
- Für gesicherte Sozialwerke, damit auch kommende Generationen von Vorsorge- und Gesundheitsdienstleistungen profitieren können.
- Für intakte Lebensgrundlagen, sowohl was die Umwelt als auch die Infrastrukturen und die Energieversorgung betrifft.

Die Umfrage gab den FDP-Mitgliedern auch die Gelegenheit, sich zu den Werten der FDP zu äussern. Diese Möglichkeit wurde rege genutzt und zeigte, dass 87 Prozent der Mitglieder mit dem Kurs der FDP zufrieden sind – ein deutliches Bekenntnis zur FDP-Politik. Auch die heutige Finanzpolitik inkl. Schuldenbremse ist mit einer Zustim-

mung von 80 Prozent bei der Basis breit abgestützt. Als Hauptaufgabe des Staates definiert die Mehrheit der Umfrageteilnehmer das Thema Sicherheit. Aber auch die Handelsbeziehungen der Schweiz geniessen viel Unterstützung: Knapp 67 Prozent sind der Ansicht, dass die Schweiz keine Handelsbeziehungen gefährden, aber humanitäre Aspekte einbringen soll.

Mehr Einsatz für Lebensgrundlagen

Die letzte grosse Mitgliederumfrage bildete die Basis für die aktuelle Umwelt- und Klimapolitik der FDP. Auch in der Umfrage zur Enkel-Strategie konnten sich die Teilnehmer im Bereich Lebensgrundlagen zum Engagement der FDP äussern. Zwei Drittel der Befragten gaben dabei an, dass sich die FDP stärker für die Lebensgrundlagen in der Schweiz engagieren soll, während 29 Prozent der Ansicht sind, dass das heutige Engagement ausreicht. Die Mitglieder wünschen sich zudem eine starke Wirtschaft, die aber auch Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt. Zu starkes Bevölkerungswachstum wird aber kritisch betrachtet. 58 Prozent macht die Vorstellung einer Schweiz mit 10 Millionen Einwohnern Sorgen.

Fortsetzung auf Seite 13

Das Thema Vorsorge geniesst Priorität

Zu enkeltauglichen Lösungen gehört aber weit mehr als nur der Schutz der Umwelt. Deshalb deckt die Umfrage auch die Bereiche Altersvorsorge und Gesundheit ab. Schliesslich gilt das Nachhaltigkeitsprinzip ebenso für Sozialwerke, wenn kommende Generationen von deren Leistungen profitieren sollen. Die FDP setzt sich kontinuierlich mit Vorstössen für diese Anliegen ein, dazu kommt die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, die sich momentan im Sammelstadium befindet. Dieser Einsatz wird von den FDP-Mitgliedern unterstützt und soll sogar noch ausgebaut werden. 61 Prozent der Befragten wollen, dass sich die FDP in Zukunft noch stärker für die Vorsorge in der Schweiz engagiert. 37 Prozent der Teilnehmer sind mit dem bisherigen Einsatz zufrieden. Dass das Thema Aufmerksamkeit verdient, ist offensichtlich. So schätzen nur gerade 13 Prozent der Teilnehmer die Wahrscheinlichkeit als hoch ein, dass im Jahr 2050 das Altersvorsorgesystem mit drei Säulen ein finanziell sorgenfreies Leben nach der Pensionierung ermöglicht. Damit das bewährte System weiterhin funktioniert, sind Massnahmen dringend nötig. Am meisten Zuspruch erhält dabei die Erhöhung des Rentenalters. Zudem wünschen viele Umfrageteilnehmer eine Stärkung der individuellen Vorsorge (3. Säule) sowie eine bessere Altersabsicherung von Teilzeitarbeit oder neuer Arbeitsformen.

Wunsch nach mehr Flexibilität im Beruf

Damit die Altersvorsorge ihre Leistungen erbringen kann, ist eine gesunde Wirtschaft mit genügend Arbeitsplätzen unabdingbar. Zwei Drittel der Befragten wollen, dass sich die FDP mehr für die Arbeitsplätze in der Schweiz engagiert, während ein Drittel der Ansicht ist, dass das heutige Engagement ausreicht. Die Befragten wünschen sich insbesondere, dass die Flexibilität der Arbeit mehr Gewicht erhält, damit sich Freizeit/Familie und Beruf gut vereinbaren lassen. Damit die Unternehmen in der Schweiz Arbeitsplätze schaffen können, brauchen sie gute Rahmenbedingungen. Gemäss 85 Prozent der Befragten soll dies durch Bürokratieabbau, bessere Investitionsbedingungen und eine massvolle Steuerbelastung geschehen. Dies soll ermöglichen, dass Arbeitsplätze weiterhin in der Schweiz bleiben. Die grösste Gefahr für künftige Generationen sei nämlich die Verlagerung von Jobs ins Ausland.

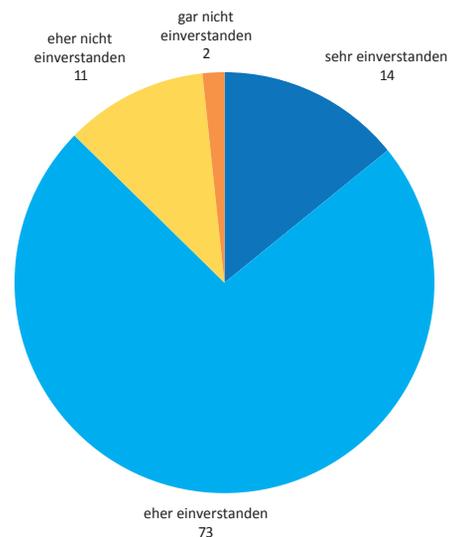
Dank der Umfrage zur Enkel-Strategie verfügt die FDP nun über einen breiten Strauss von wertvollen Rückmeldungen aus der Basis. Diese fliessen nun ein in die Erarbeitung der umfassenden Enkel-Strategie, die im Laufe des kommenden Jahres präsentiert wird.

Marco Wölfli

Einverständnis Kurs FDP

«Ganz generell: Sind Sie mit dem heutigen Kurs der FDP einverstanden?»

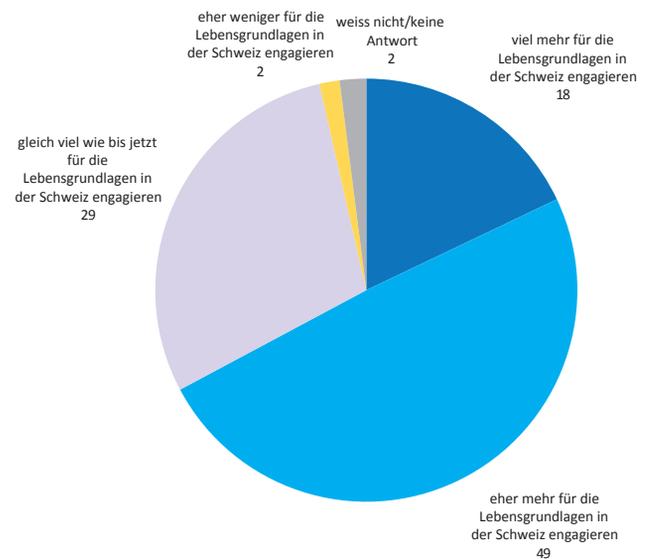
in % FDP-Mitglieder



Engagement FDP auf Lebensgrundlagen

«Im Kapitel «Lebensgrundlagen» beantworten Sie Fragen zu Mobilität, Infrastruktur, Umwelt und Konsum. Ganz generell, soll sich die FDP in Zukunft ...»

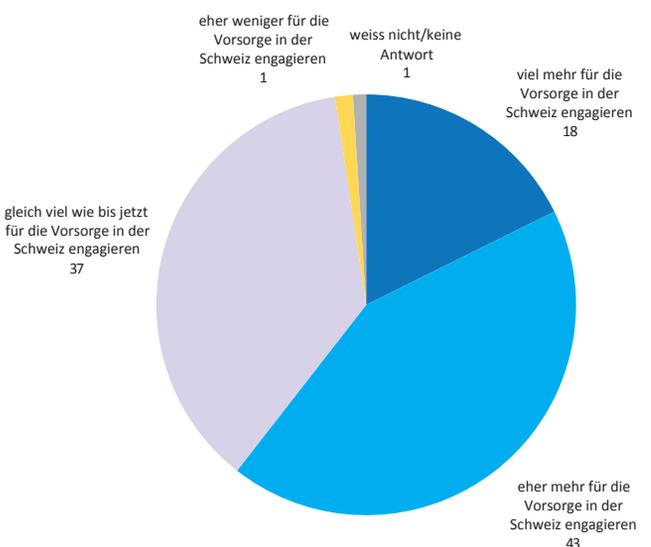
in % FDP-Mitglieder



Engagement FDP auf Altersvorsorge und Gesundheitspolitik

«Im Kapitel «Vorsorge und Gesundheit» beantworten Sie Fragen zur Altersvorsorge und zur Gesundheit. Ganz generell, soll sich die FDP in Zukunft ...»

in % FDP-Mitglieder





Für einen griffigen Klimaschutz

CO₂-Gesetz ist ausgewogen und zielgerichtet

Die FDP hat die Totalrevision des CO₂-Gesetzes, das in der Herbstsession 2020 im Parlament deutlich angenommen wurde, entscheidend geprägt und damit massgeblich zu einer mehrheitsfähigen und griffigen Vorlage beigetragen. Das Massnahmenpaket ist ausgewogen und ermöglicht die Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 durch Massnahmen im In- und Ausland. Es bringt zudem Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen und eröffnet dem Gewerbe neue Chancen.

National- und Ständerat haben in der Herbstsession dank der Unterstützung der FDP dem revidierten CO₂-Gesetz deutlich zugestimmt. Nachdem eine erste Version des Gesetzes vor zwei Jahren im Parlament noch nicht mehrheitsfähig war, brachte die FDP im Verlauf der weiteren Debatte zahlreiche Beschlüsse und Forderungen aus ihrem Positionspapier ein und konnte die vorliegende Fassung dadurch entscheidend mitprägen. Das neue CO₂-Gesetz schafft die Grundlagen für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, das die Schweiz ratifiziert hat. Er ist für mich bildlich gesprochen ein

Schweizer Innovationshaus. Ein Topfundament und das Dach sind vom Bundesrat mit Netto-Null definiert. Ein Ausbau von Stockwerken muss noch folgen. Fakt ist, es handelt sich um den ersten von mindestens drei Schritten, wollen wir das Ziel – bis 2050 bei den Treibhausgasemissionen eine «Netto-Null-Bilanz» aufzuweisen – schaffen.

Zugleich ist die Vorlage ein mehrheitsfähiger Kompromiss. Wenn jetzt verschiedene Gruppierungen dagegen das Referendum ergreifen, darunter nebst den Erdölhändlern oder der SVP auch Westschweizer Klimajugend-Sektionen, ist das

kurzsichtig und torpediert eine griffige Klimapolitik. Denn nichts tun, ist keine Option!

Das CO₂-Gesetz braucht sich vor einer Volksabstimmung aber nicht zu verstecken. Die Massnahmen sind ausgewogen und zielführend und ermöglichen so die wichtige Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 1990. Das Gesetz bündelt verschiedene Massnahmen in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Industrie, damit alle ihren Beitrag zur Zielerreichung leisten.

Effizienzgewinne und Chancen für die Wirtschaft

Dem Verkehrssektor kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die CO₂-Zielwerte für den Durchschnitt neuer Fahrzeuge werden weitergeführt, analog zu den Vorgaben in der EU, die neu auch für schwere Lastwagen gelten. Damit werden wir künftig sparsamere Fahrzeuge haben, was die massvolle Erhöhung der Benzin- und Dieselpreise zur Kompensation des CO₂-Austosses überwiegen wird. Auf Flugtickets wird künftig eine Lenkungsabgabe erhoben. Dabei profitieren jene, die wenig oder gar nicht fliegen. Die Abgabe beträgt zwischen 30 und 120 Franken, je nach Klasse und Reisedistanz, wobei die Hälfte der Einnahmen an die Bevölkerung zurückerstattet wird. Die andere Hälfte fliesst in den neuen Klimafonds, der u. a. auch durch ein Drittel der CO₂-Abgabe gespeist wird. Aus diesem neuen Fonds – übrigens eine der zentralen Forderungen aus dem Positionspapier – sollen u. a. innovative Projekte finanziert werden wie z. B. synthetisches Kerosin, damit Forschung in der Schweiz vorangetrieben werden kann. Ebenso wichtig sind die Massnahmen im Bereich Gebäude z. B. über die Fortführung und Optimierung des Gebäudeprogrammes oder die neuen CO₂-Grenzwerte beim Heizungsersatz in Bestandesbauten. Das macht unseren Gebäudepark fit für die Zukunft, und das lokale Gewerbe profitiert von neuen Aufträgen.

Wir halten, was andere nur versprechen

Die FDP hat 2019 eine griffige, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik beschlossen. Das CO₂-Gesetz ist ein wichtiger Schritt, um die Versprechen aus dem Wahljahr einzulösen. Neben dem Engagement für das CO₂-Gesetz haben FDP-Parlamentarier rund 40 Vorstösse aus dem Umwelt- und Klimabereich eingereicht, beispielsweise für mehr Kreislaufwirtschaft, grüne Finanzprodukte oder mehr Transparenz für Konsumenten. Ein Grossteil dieser Vorstösse hat bereits Mehrheiten im Parlament gefunden. Dies ist parlamentarische Knochenarbeit mit liberalem Kompass!

Damian Müller
Ständerat LU, Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

Rückhalt für das liberale CO₂-Gesetz

Fünf Stimmen für eine vernünftige Vorlage



Nüchternes Ja zum CO₂-Gesetz

Die Öffnung des Zielvereinbarungssystems für alle Firmen ist für Swissmem die Basis für eine Zustimmung zum CO₂-Gesetz. Dadurch ausgelöste Investitionen am CH-Produktionsstandort reduzieren auch künftig Emissionen. Schade ist der Verzicht auf eine rückerstattete Lenkungsabgabe beim Verkehr, und beim «Klimafonds» wird es zum Kampf um Subventionen statt zu technologieutraler Innovation kommen. Unabhängig davon liefert die Industrie effiziente, wirksame Lösungen zur CO₂-Reduktion. Diese haben das Potenzial, die Politik zu überholen. Fazit: ein nüchternes Ja zum Gesetz zugunsten des Arbeitsplatzes Schweiz.

Stefan Brupbacher
Direktor Swissmem

Kein Wunschkonzert

Das berühmte Haar in der Suppe findet man auch in diesem Gesetz. Jedoch ist ein Gesetz nicht ein Wunschkonzert, sondern das Ergebnis zwischen definierter Zielerreichung, machbaren Vorgaben und konstruktiven Mehrheiten. Für mich ist klar, wer zum Pariser Klimaabkommen Ja sagte, steht in der Pflicht, zur Umsetzung auch für ein gangbares CO₂-Gesetz einzustehen!

Peter Schilliger
Nationalrat und Unternehmer Gebäudetechnik,
Udligenswil LU



Übernehmen wir Verantwortung

Die freisinnigen Werte Verantwortung, Freiheit und Pragmatismus spielen im neuen CO₂-Gesetz eine wichtige Rolle. Es ist unsere Pflicht, die natürlichen Ressourcen für künftige Generationen zu schützen. Der Status quo ist keine Option. Eigenverantwortung, die Anwendung des Kausalitätsprinzips und die Stärkung von Forschung und Innovation ermöglichen es uns, diese Herausforderungen zu meistern. Die Anwendung dieses Gesetzes verursacht zwar Kosten, aber sollte nicht jeder Unternehmer zuerst investieren, um später zu profitieren?

Jacques Bourgeois
Nationalrat und Mitglied der Umweltkommission



Handeln, bevor es zu spät ist

Als Präsidentin einer Berggemeinde habe ich jahrelang hautnah miterlebt, welche negativen Auswirkungen der Klimawandel auf die Natur und auf uns Menschen hat: Hochwasser, Murgänge, Fels- und Bergstürze nehmen zu, die Gletscher schmelzen, gesperrte Strassenverbindungen und der Schneemangel verursachen wirtschaftliche Schäden. Wir müssen handeln, bevor es zu spät ist. Das CO₂-Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Anna Giacometti
Nationalrätin, Stampa GR

CO₂-Gesetz ist eine Chance

Als ehemalige Waadtländer Staatsrätin für Umwelt und Energie sehe ich das CO₂-Gesetz als Chance, die Energiewende, die Wirtschaft sowie Innovation und nachhaltige Entwicklung in Einklang zu bringen. Wenn wir nicht wollen, dass uns Rot-Grün noch drastischere Verbote, Verpflichtungen und Massnahmen verordnet, müssen wir handeln, anstatt uns zu beklagen.

Jacqueline de Quattro
Nationalrätin VD



(Bild: EJPD/Alessandro della Valle)



Gegenvorschlag ist für Herz und Verstand – Initiative will extreme Lösung

Bundesrätin Karin Keller-Sutters Einsatz gegen die UVI

Am 29. November stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) ab. Sie verfolgt zwar hehre Ziele, schadet aber mit radikalen Forderungen dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz, ohne dabei ihrem eigentlichen Ziel zu nützen. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert im Interview die Argumente gegen die Initiative.

Frau Keller-Sutter, die Initiative verfolgt hehre Ziele. Weshalb lehnen Bundesrat und Parlament die Initiative dennoch ab? Bundesrat und Parlament teilen das Ziel der Initiative, nämlich die Stärkung der Menschenrechte und des Umweltschutzes. Aber die Initiative ist zu radikal. Sie verlangt unter anderem, dass Unternehmen künftig auch für ihre Tochtergesellschaften oder wirtschaftlich abhängigen Zulieferer im Ausland haften, auch wenn sie rechtlich eigenständig sind. Liberale wollen, dass Unternehmen Verantwortung tragen und das Prinzip des ehrbaren Kaufmanns achten. Dass man auch für

Schäden haften soll, die Dritte zu verantworten haben, geht aber eindeutig zu weit und ist nicht liberal. Zuständig für Klagen wären zudem Schweizer Gerichte, die nach Schweizer Recht einen Sachverhalt im Ausland beurteilen müssten.

Erreicht man mit dem Gegenvorschlag wirklich die gleichen Ziele? Ja, und das wirksam! Die Initiative will eine extreme Lösung. Der Gegenvorschlag ist für Herz und Verstand. Auch der Bundesrat will Unternehmen künftig stärker in die Pflicht nehmen. Der Gegenvorschlag nimmt deshalb die be-

rechtigten Themen der Initiative auf und setzt beispielsweise bei der Kinderarbeit an. Das war mein persönliches Anliegen. Künftig müssen Unternehmen belegen, dass ihre ganze Lieferkette frei von Kinderarbeit ist. Bei der Kinderarbeit ist der Gegenvorschlag gleich streng wie die Initiative.

Es handelt sich aber nur um ein Gesetz, nicht um einen Verfassungsartikel. Stimmt. Und das ist auch von Vorteil. Wenn die radikale Initiative abgelehnt wird, kommt der indirekte Gegenvorschlag direkt zum Zug. Das schafft Rechtssicherheit für unsere Unternehmen und verhindert ein jahrelanges Tauziehen im Parlament. Zudem basiert der Gegenvorschlag auf dem bewährten Schweizer Haftungsrecht: Jedes Unternehmen haftet für die eigenen Schäden, vor Ort. Dazu kommen noch mehr Transparenz und neue Sorgfaltsprüfungspflichten sowie zudem eine Strafbestimmung. Es ist also ein ausgewogener und lösungsorientierter Gegenvorschlag.

«Eine lückenlose Prüfung der Lieferkette ist nicht umsetzbar.»

Könnte man bei einem Ja von einem Alleingang der Schweiz sprechen? Ja. Die Haftungsregel der Initiative bedeutet klar einen Schweizer Alleingang und benachteiligt unsere Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten. Der Gegenvorschlag ist hingegen international abgestimmt und übernimmt die Bestimmungen, die in Europa auch gelten. Damit haben wir gleich lange Spiesse. Die Sorgfaltsprüfungspflichten der Initiative umfassen sämtliche Geschäftsbeziehungen eines Unternehmens. KMU beziehen oft Produkte aus vielen Ländern und von zahlreichen Lieferanten. Eine lückenlose Prüfung der gesamten Lieferkette ist nicht nur bürokratisch, sondern gar nicht umsetzbar.

Die Initianten beharren darauf, dass KMU von der Initiative ausgenommen sind. Die Gegner wollen das Gegenteil. Wer hat Recht? Der Initiativtext ist glasklar und spricht ausschliesslich von «Unternehmen». Konzerne werden nicht erwähnt. Wenn es den Initianten ausschliesslich um Konzerne gegangen wäre, hätten sie dies im Text so schreiben können. Oder sie hätten sagen können, dass z.B. nur Unternehmen mit 5000 Mitarbeitern betroffen sind, wie das Frankreich macht. Man muss sich auch bewusst sein, dass unsere Wirtschaft zu 98 Prozent aus KMU besteht und dass wir jeden zweiten Franken im Ausland verdienen. Es ist damit klar, dass auch zahlreiche KMU betroffen sein werden.

Wie viele KMU wären denn von der Initiative betroffen? Gemäss einer Studie von Sotomo sind etwa 80 000 Unternehmen betroffen, wovon wiederum 80 Prozent weniger als zehn Mitarbeiter beschäftigen. Diese Betriebe wären gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten benachteiligt, was in diesen ohnehin unsicheren wirtschaftlichen Zeiten eine zusätzliche Belastung bedeutet.

Was halten Sie vom Engagement gewisser Kirchen in diese Kampagne? Es ist ihr Recht. Ich war aber immer der Meinung, dass sich die Kirchen zu übergeordneten Fragen und nicht zur Tagespolitik äussern sollten. Die Kirchen sollten auch nicht vergessen: Ihre Gläubigen haben unterschiedliche Ansichten. Im Familien- und Freundeskreis nehme ich wahr, dass sich einige durch dieses aktuelle Engagement ausgegrenzt fühlen.

Sind die Folgen der Initiative nicht vertretbar, im Hinblick darauf, dass damit die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards rund um die

Welt eingehalten werden? Es gibt keinen Grund, warum unsere Unternehmen strengere Standards einhalten sollten als ihre Konkurrenten im Aus-

land. Man muss auch das Risiko sehen, dass in Schwellen- oder Entwicklungsländern angesehene Schweizer Unternehmen sich zurückziehen und damit die Entwicklung und die Arbeit vor Ort nicht mehr möglich ist. Dann kommen Unternehmen aus Staaten, die weniger Wert legen auf den Schutz von Mensch und Umwelt.

Interview: Anna Wartmann



Justizministerin Karin Keller-Sutter vertritt das bundesrätliche Nein zur UVI.

(Bild: EJPD)

Delegierte stellen sich hinter das CO₂-Gesetz

Wegweisende Entscheide an digitaler DV

Knapp 300 Delegierte nahmen von extern an der DV teil und fassten die Parolen zum CO₂-Gesetz, zur UVI und zum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste. Bundesrat Ignazio Cassis erläuterte den Stand des Rahmenabkommens.

Die letzte Delegiertenversammlung des Jahres fand in Luzern leider ohne physische Präsenz der Delegierten statt. Das Schutzkonzept stand bereit, und die Vorfreude auf den persönlichen Austausch war gross – denn davon lebt die Politik. Doch angesichts der stark steigenden Corona-Infektionen nahm die FDP ihre Verantwortung zur Eindämmung der Pandemie wahr und führte die DV via Zoom durch.

Schliesslich haben knapp 300 Delegierte online über drei Vorlagen diskutiert und die Parolen gefasst. Nach einer lebendigen Diskussion haben die Delegierten das CO₂-Gesetz klar unterstützt. Damit

stellt sich die FDP als erste Partei hinter die Vorlage, sollte es zu einer Referendumsabstimmung kommen. Ein Nein an der Urne würde den Klimaschutz um Jahre blockieren. Mit ihrem Entscheid knüpfen die Delegierten an das Positionspapier vom Juni 2019 an. Damals hat die FDP ein Versprechen abgegeben: Es liegt in unserer Verantwortung, den künftigen Generationen gut erhaltene, natürliche Lebensgrundlagen zu sichern. «Ich bin sehr froh und stolz, dass die Delegierten das CO₂-Gesetz so klar mittragen. Dank der harten Arbeit der FDP ist es eine wirksame und gleichzeitig freisinnig geprägte Vorlage geworden», betonte Petra Gössi.

Klares Nein zur UVI

Die Delegierten haben auch über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) diskutiert, über die am 29. November 2020 abgestimmt wird. Bundesrätin Karin Keller-Sutter richtete sich in einer Videobotschaft an die Delegierten und überzeugte sie, diese gefährliche Initiative abzulehnen. Der Beschluss der Delegierten fiel mit 249 zu 9 bei 4 Enthaltungen sehr deutlich aus. Der Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur UVI automatisch in Kraft tritt, nimmt berechnete Anliegen der UVI auf und orientiert sich an strengen internationalen Standards.

Mit dem Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste werden die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Anerkennung von elektronischen Identifizierungsmitteln und von deren Anbietern geschaffen. Die Delegierten beschloss mit 230 zu 16 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Ja-Parole.

Zur GSoA-Initiative hatte die Parteiprääsidentenkonferenz am Vorabend der DV bereits einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Die gefährliche Initiative gibt vor, die Welt friedlicher zu machen, kann dieses Ziel aber nicht einlösen. Stattdessen gefährdet sie mit einer komplizierten und unsinnigen Regulierung die Vorsorgevermögen von allen Menschen in unserem Land. AHV und Pensionskassen müssten ihre Anlagen an komplexe und nicht mit vernünftigem Aufwand umsetzbare Vorgaben ausrichten.

Marco Wölfli



Eine Bühne in einem leeren Saal – die Delegierten haben gefehlt.

(Bilder: Désirée Dittes)

Ab auf die Strasse

Für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge

Die ersten beiden nationalen Sammeltage des Jungfreisinns und der FDP. Die Liberalen für die Renteninitiative sind vorbei. Jetzt gilt es, am Ball zu bleiben. Am 5. Dezember findet die nächste nationale Sammlung statt. Alle Sektionen und Ortsparteien sind zur aktiven Teilnahme aufgefordert.

Die AHV ist in Schieflage und schreibt rote Zahlen; seit 2018 sogar in Milliardenhöhe! Unternehmen wir jetzt nichts, häuft sich bis 2045 ein Schuldenberg von 250 Milliarden Franken an. Das entspricht den Kosten von 20 Gotthard-Basistunneln!

Während bei der erstmaligen Auszahlung von AHV-Renten im Jahr 1948 durchschnittlich 3,4 Erwerbstätige einen Rentner finanzierten, sind es heute lediglich noch deren 1,9. Gleichzeitig stiegen die Bezugsjahre – bei gleichbleibenden 44 Erwerbsjahren – von 13 auf 23. Eine erfreuliche Entwicklung in Sachen Lebenserwartung; eine düstere Prognose für die Sozialwerke.

Diesem strukturellen Problem hat sich die Renteninitiative verschrieben. Um die AHV nachhaltig zu sanieren, sieht die Initiative drei Massnahmen vor: 1. gleiches Rentenalter für Mann und Frau bis 2032, 2. eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre bis 2032 und 3. eine Verknüpfung

des Rentenalters mit der Lebenserwartung. Diese drei Massnahmen beheben das strukturelle Problem der AHV und verzichten auf Rentenkürzungen sowie auf die Erhöhung von Abgaben wie beispielsweise der Mehrwertsteuer.

Unterstützung von nationalen Parlamentariern

Nach dem Fristenstillstand aufgrund des Covid-19-Virus nahmen die Jungfreisinnigen die Unterschriftensammlung im Sommer wieder auf und intensivieren ihr Engagement im Herbst. Anfang Oktober führten die Jungfreisinnigen zusammen mit der FDP den ersten nationalen Sammeltag durch und gingen in vielen Regionen motiviert auf die Strasse. Bewaffnet mit Unterschriftenbogen und Klemmbrett waren die Sektionen der Jungfreisinnigen in der Romandie, in Zürich, Bern, Basel-land, Basel-Stadt, Luzern, Glarus, St. Gallen, Thur-

gau, Solothurn und Zug auf den Strassen. Dabei konnten sie auf tatkräftige Unterstützung von nationalen Parlamentariern zählen. Beispielsweise sammelten der Aargauer Ständerat Thierry Burkart in Adelsboden und die Berner Nationalrätin Christa Markwalder in den Gassen Berns Unterschriften für eine sichere Altersvorsorge. Zudem wagten vereinzelte Ortsparteien der FDP erste Versuche im Unterschriftensammeln. Aus Sicht der Jungfreisinnigen war der erste nationale Sammeltag ein grosser Erfolg; in Luzern kamen beispielsweise bisher rund 3000 Unterschriften zusammen.

Sammeloffensive vor Weihnachten

Damit die benötigten 100 000 beglaubigten Unterschriften am 16. Juli 2021 fristgerecht eingereicht werden können, braucht es weiterhin den Einsatz aller! Die Jungfreisinnigen planen deshalb monatliche Sammeltage gemeinsam mit der FDP. Die Liberalen. Der nächste findet am Samstag, 5. Dezember, statt. Alle Sektionen der Jungfreisinnigen und FDP-Ortsparteien organisieren sich in Kleingruppen, bestellen via info@renten-sichern.ch Unterschriftenbögen und gehen am 5. Dezember für zwei bis drei Stunden auf die Strasse. Wer am Sammeltag nicht verfügbar ist, sammelt beispielsweise in der Familie, am Arbeitsplatz oder in Vereinen Unterschriften. Die Vorweihnachtszeit bietet genügend Gelegenheiten, dass jede und jeder nochmals fünf Unterschriften einsenden kann. Argumente, Infos sowie Sammeltipps gibt es auf www.renten-sichern.ch.

Marco Wölfli





Wintersession unter ungewissen Vorzeichen

Covid-19, Altersvorsorge und Budget

Inmitten der zweiten Welle der Corona-Infektionen findet die Vorbereitung der Wintersession unter ungewissen Vorzeichen statt. Trotzdem ist für die FDP klar, dass der Ratsbetrieb, wenn irgendwie möglich, aufrechterhalten wird, um die Beschlussfassung zu den Corona-Massnahmen und weiteren Geschäften fortführen zu können.

Wie alle bisherigen Sessionen im Jahr 2020 wird auch die Wintersession durch Corona geprägt sein, und die Räte werden unter strengen Sicherheitsmassnahmen tagen. Trotzdem sind die Vorzeichen insofern ungewisser, da die Ansteckungszahlen mit Corona-Infektionen leider erneut stark steigen. Die Durchführung könnte darum je nach Anzahl der Abwesenheiten von Ratsmitgliedern in Frage

gestellt werden. Trotzdem ist die FDP-Liberale Fraktion weiterhin klar der Meinung, dass der Ratsbetrieb, wenn irgendwie möglich, aufrechterhalten werden muss. Denn die in der Wintersession vorgesehenen Geschäfte haben es in sich und sind zentral für das kurz- und langfristige Funktionieren unserer Institutionen, Gesellschaft und Wirtschaft.

Covid-19: Solidarbürgschaften

Als Folge der Corona-Krise wurden bereits mehrere Vorlagen zur Unterstützung der Bevölkerung und Wirtschaft beraten sowie das in der Herbstsession verabschiedete Covid-Gesetz. Auch in der Wintersession wird sich das Parlament erneut mit Corona-bezogenen Geschäften befassen. Unter anderem wird das Solidarbürgschaftsgesetz beraten, das bereits in der Sondersession durch den Nationalrat behandelt wurde. Dabei sollen die Rückzahlungsmodalitäten und Verzinsungen gesetzlich festgehalten werden, wobei die FDP hier möglichst gute Voraussetzungen schaffen will, damit die Kredite zurückgezahlt werden können.

Covid-19: Geschäftsmieten

Die FDP wehrte sich bereits an der Sondersession im Oktober geschlossen gegen ein Eintreten auf das Covid-19-Geschäftsmietegesetz. Sie unterlag in der grossen Kammer aber hauchdünn, wodurch nun an der Wintersession die Detailberatung stattfinden wird. Die FDP wird sich weiterhin gegen diese untaugliche Pauschallösung einsetzen, da diese mehr neue Ungerechtigkeiten schafft als sie Lösungen für die unterschiedlichsten gelagerten einzelnen Mietverhältnisse bringt und zusätzlich ungerechtfertigterweise in die Eigentumsrechte und Wirtschaftsfreiheit eingreift. In den vergangenen Monaten konnten sich zudem sehr viele Mieter und Vermieter auf gemeinsame Lösungen einigen.

Vorsorge

Nach der kurzfristig verschobenen Beratung der AHV 21 in der Herbstsession steht der Erstberatung im Ständerat nichts mehr im Weg. Es wird absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen können, die die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und z. B. bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleibt. Der grosse Streitpunkt wird aber sicherlich die Kompensation der Rentenalterserhöhung der Frauen bleiben. Auch hier wird sich die FDP für eine vernünftige Lösung einsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichte macht.

Budget

Wie üblich in der Wintersession wird das Budget für das nächste Jahr verabschiedet und wird dabei beide Räte mit der Differenzbereinigung während der drei Sessionswochen auf Trab halten. Unter den speziellen Voraussetzungen der Corona-Schulden ist der finanzpolitische Ausblick schwierig. Es ist unter diesen Umständen umso wichtiger, dass über das reguläre Budget hinaus keine neuen Mehraufwände definiert werden und die Schuldenbremse eingehalten werden kann.

Beat Walti, Nationalrat ZH, Fraktionspräsident



Zu früh für ein definitives Urteil

Gastbeitrag von Petra Gössi in der «SonntagsZeitung» vom 11. Oktober

Beim Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU sind wichtige Fragen offen. Der Gesamtbundesrat ist in der Pflicht, für Klärung zu sorgen. Erst danach ist ein definitives Urteil möglich.

Am 27. September haben sich die Schweizerinnen und Schweizer klar für die Personenfreizügigkeit ausgesprochen – den umstrittensten Teil der bilateralen Verträge. Dieser Entscheid hat mich sehr gefreut. Er hat bestätigt, dass die Schweizerinnen und Schweizer den pragmatischen Weg zwischen Abschottung und EU-Beitritt weitergehen wollen. Ein Weg, der unserem Land Arbeitsplätze und Wohlstand gebracht hat.

Der Gesamtbundesrat ist in der Pflicht

Nun fokussiert sich die Diskussion richtigerweise auf das Rahmenabkommen. Wir haben bei der bundesrätlichen Konsultation Anfang 2019 die Klärung der offenen Punkte bei der Unionsbürgerrichtlinie, den flankierenden Massnahmen und der Guillotineklausel gefordert. Diese Position hat sich seither nicht verändert.

Wir erwarten nun, dass die Gespräche mit der EU aufgenommen werden. In der Pflicht stehen der Gesamtbundesrat und namentlich auch die Bundes-

präsidentin. Die Regierung hat letztes Jahr der EU in einem Brief Klärungsbedarf angekündigt – jetzt muss sie nachfassen. Danach werden wir sehen, ob all diejenigen Verbesserungen und Präzisierungen erreicht werden konnten, welche nun im Raum stehen und die für eine Akzeptanz des Rahmenabkommens wesentlich sind.

Gelingt es dem Bundesrat, die offenen Punkte zufriedenstellend zu klären, entschärft sich auch die Souveränitätsfrage. Dies zum Beispiel mit einer belastbaren Zusage, dass die Schweiz die Unionsbürgerrichtlinie nicht integral übernehmen muss und wir die flankierenden Massnahmen ohne dynamische Anpassungen beibehalten können.

Das Rahmenabkommen nicht vorschnell totsagen

Ich finde es zum jetzigen Zeitpunkt falsch, das Rahmenabkommen definitiv totzusagen. Ja, es sind noch diverse Fragen offen, so auch bei den flankierenden Massnahmen. Doch die Gewerkschaften

blockieren mit ihrer Fixierung auf die acht Tage Kontrollfrist das gesamte Dossier. In ihrem doktrinären Eifer übersehen sie, dass das Abkommen zum ersten Mal überhaupt die flankierenden Massnahmen verbietet. Die acht Tage – eine Regelung aus den frühen Nullerjahren – lassen sich dank neuen digitalen Kommunikationsmitteln verkürzen, ohne die Wirkung abzuschwächen. Die klare Ablehnung der Begrenzungsinitiative durch die Schweizer Bevölkerung stärkt dem Bundesrat den Rücken für die Gespräche mit der EU. Die Parteien wie auch die Sozialpartner hingegen sind in der momentanen Phase Zuschauer. Ihr Stimmengewirr und die teilweise fundamentale Opposition schwächen den Bundesrat nur.

Wenn andere Bundesratsparteien und die Sozialpartner das Rahmenabkommen jetzt schon beerdigen wollen, ist das ihre Verantwortung. Die FDP hingegen steht für eine konstruktive Politik. Wir warten auf das Resultat der Gespräche und analysieren es dann eingehend. Und letztlich ist sowieso klar: Am Ende entscheiden wieder die Schweizerinnen und Schweizer an der Urne.

**Petra Gössi, Nationalrätin,
Präsidentin der FDP. Die Liberalen**



Fernziel Elternzeit

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Abstimmung zur Einführung des Vaterschaftsurlaubes bot die Gelegenheit, das Bedürfnis von Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu thematisieren. Eine zeitgemässere Lösung, welche die Rollenbilder nicht zementieren würde, bietet aber nur eine Elternzeit.

So kurz der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub sein mag, es war an der Zeit, dass die Schweiz einen gesetzlich geregelten Urlaub eingeführt hat. Meines Erachtens ist das Ziel noch nicht erreicht. Doch der Etappensieg ist ein Kompromiss, der besser ist als nichts. Trotz der Corona-bedingt wirtschaftlich düsteren Lage ist die Vorlage mit 60 Prozent angenommen worden. Die Stimmbürgerinnen und -bürger setzten ein Zeichen, für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dennoch hinkt die Schweiz im internationalen Vergleich hinterher. Mit der Annahme ist ein Grundstein für weitere Schritte gelegt worden, denn bis das Anliegen der Elternzeit durchkommt,

können Jahre vergehen. Eine Ablehnung der Initiative hätte dies blockiert.

Regionale Unterschiede

Das Abstimmungsergebnis hat gezeigt, dass die ländliche Deutschschweiz und die Ostschweiz gegen einen Vaterschaftsurlaub gestimmt haben, während es in der Westschweiz und im Tessin grosse Zustimmung gab. Sind die ländlichen Regionen tatsächlich konservativer gestimmt, oder sind die Gründe für die Ablehnung womöglich andere? Die Gründe sind vielfältig: mangelnde oder kaum bezahlbare Angebote für externe Kinderbetreuung oder fehlende Möglichkeiten für Teilzeitarbeit,

ohne dass dies einen Karriererückschritt bedeuten würde, können ausschlaggebend gewesen sein. Ein föderaler Ansatz – wie es bei der Mutterschaftsversicherung der Fall war – könnte der Elternzeit in die Karten spielen. So wie jede Firma eine eigene Elternzeit bestimmen kann, sollte dies auch im Rahmen der Bundesregelung in jedem Kanton möglich sein. Die Zuständigkeit der Elternzeit zwischen Bund und Kanton müsste jedoch neu ausgehandelt werden, da nach der heutigen Regelung die Einführung eines Elternurlaubs in die bundesrechtliche Zuständigkeit fällt und kantonale Regelungen deshalb unzulässig sind.

Liberales Familienbild

Die Diskussionen und Forderungen um eine Elternzeit sind nach dieser Abstimmung lanciert. Unter den Befürwortern herrscht aber Uneinigkeit bei der Frage nach dem Modell: Wie viele Wochen soll die Elternzeit umfassen? Wie viel davon sollen frei aufgeteilt werden? Bereits vor zwei Jahren hat die FDP einen 16-wöchigen Elternurlaub gefordert, der aber vom Parlament abgelehnt wurde. Die



Muriel Frei

ersten acht Wochen wären für die Mutter reserviert gewesen, und acht weitere Wochen hätten frei unter den Eltern aufgeteilt werden können. Der 16-wöchige Elternurlaub wäre im Vergleich zu den nun geltenden 14 Wochen Mutterschafts- und 2 Wochen Vaterschaftsurlaub deswegen zeitgemässer gewesen, da dieser flexible Lösungen ermöglicht hätte, anstatt alte Rollenmodelle zu zementieren. Dazu meint FDP-Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher: «Die Rollenverteilung in einer Familie wird früh bestimmt.» Letztlich würden von der Elternzeit nicht nur Eltern und Kind profitieren, sondern auch die Erwerbsquote der Frau stiege an.

**Muriel Frei, Gemeinderätin Teufen (AR),
Master-Mentee und Vorstandsmitglied JFAR**

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Unternehmensverantwortungsinitiative



NEIN

Initiative für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

AGENDA

6. Februar 2021

Delegiertenversammlung in Martigny

3. Juli 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

28. August 2021

Sternenwanderung in Thun

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Masken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen.

Liberales Forum Meilen

Gespräche über die Zukunft des Liberalismus

Save the date: 16. Januar 2021

Teilnahme beschränkt
Übertragung des Anlasses
per Livestream

www.liberalesforummeilen.ch



Dr. Christian Rathgeb
Regierungsrat
Präsident KDK



Michael Theurer
MdB, Stellvertreter
der Vorsitzender FDP-
Bundestagsfraktion



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin
Präsidentin FDP
Frauen Schweiz



Kaspar Villiger
alt Bundesrat



Prof. Dr. Reiner Eichenberger
Lehrstuhl für Theorie
der Finanz- und Wirtschaftspolitik
Uni FR

AHV schwächen?



Am 29. November

NEIN

FDP

Die Liberalen

GSoA-Initiative